Das Preussische
GEWERKSCHAFTSRECHT

unter Berücksichtigung
der übrigen deutschen Berggesetze,

kommentiert von

Wilhelm Westhoff,
Rechtsanwalt und Notar zu Dortmund,

in zweiter Auflage bearbeitet von

Fritz Bennhold,
Geheimer Bergrat und vortragender Rat im Ministerium
für Handel und Gewerbe

Bonn,

A. Marcus und E. Webers Verlag

1912

Carl Georgi, Universitäts-Buchdruckerei, Bonn.

Vorwort zur zweiten Auflage

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage von Westhoffs Preussischem Gewerkschaftsrecht sind elf Jahre verstrichen, in denen wenn auch nicht gerade in den preussischen gesetzlichen Bestimmungen, so doch in der Literatur und Rechtsprechung, sowie in ausserpreussischen Gesetzen eine rege Fortentwicklung der Grundsätze des Gewerkschaftsrechts stattgefunden hat. Leider ist es dem für die Bergrechtswissenschaft viel zu früh verstorbenen Verfasser der ersten Auflage nicht vergönnt gewesen, durch Herausgabe der inzwischen erforderlich gewordenen zweiten Auflage seines Werkes eine zeitgemässe Ueberarbeitung des Stoffes herbeizuführen. Wie die von ihm hinterlassenen und für die zweite Auflage von mir auch benutzten Aufzeichnungen aber erkennen lassen, hat er bis zu seinem Tode mit ganz besonderer Vorliebe gerade diesen Zweig der Bergrechtswissenschaft gepflegt, und es ist für mich unter diesen Umständen eine besonders dankbare Aufgabe gewesen, der Anregung seiner Erben zu folgen und durch Bearbeitung der zweiten Auflage des verdienstvollen Werkes dessen Brauchbarkeit, wie ich hoffe, auf eine Reihe weiterer Jahre zu erhalten.

An den wissenschaftlichen Grundlagen, auf welche Westhoff seine anerkannt scharfsinnigen Ausführungen aufgebaut hat und die Dank ihrer Bedeutung an Wert nichts verlieren können, ist in der zweiten Auflage nur wenig geändert worden; wo Abweichungen in grundsätzlichen Fragen von der in der ersten Auflage vertretenen Auffassung zum Ausdruck gekommen sind, ist

dies besonders hervorgehoben. Im wesentlichen habe ich mich darauf beschränkt, das reichhaltige neue Material, was inzwischen die preussische und ausserpreussische Gesetzgebung, die einschlägige Literatur und Rechtsprechung geliefert hat, in den Guss des alten Werkes hineinzuarbeiten.

Berlin, im Frühjahr 1912

Bennhold

I. Einleitung.

Die Gewerkschaft, die uralte, deutsche Form der bergrechtlichen Gesellschaft, die sich in ihrer charakteristischen Gestalt schon in der ältesten Aufzeichnung deutscher Bergrechte, in den Tridentiner Bergwerksgebräuchen von 1208 findet (vgl. Klostermann, Bergrecht, S. 215 und Opet XXXIV, 234), entspricht auch heute noch einem dringenden Bedürfnisse des wirtschaftlichen Verkehrs. Ihre Verfassung genügt; wie die Verteilung des Grubenbesitzes in dem rheinischen und westfälischen Bergbaubezirke und neuerdings die Entwicklung des deutschen Kalibergbaus zweifellos dartut¹, am besten denjenigen Anforderungen, welche das bergbauliche Unternehmen, namentlich dasjenige mittleren und kleineren Umfanges und das in der Entwicklung begriffene überhaupt, an die Grundlagen seiner gesetzlichen Vereinigungsform zu stellen genötigt ist.

Mag bei dem in grossartigem Umfange sich bewegenden Bergbau die Form der Aktiengesellschaft gleichberechtigt erscheinen oder sogar vorzuziehen sein, indem dort einerseits der Besitz vieler Bergwerke in einer Hand sich als eine Art Gegenseitigkeitsversicherung gegen die Gefahren des Bergbaues erweist und deshalb eine mehr gelockerte Verbindung der Mitglieder mit dem bergbaulichen Betriebe verträgt, andererseits auch die erforderliche Heranziehung weiterer Kreise zur Abnahme der Gesellschaftsanteile nur durch die Mitwirkung von Börsen und Banken erfolgen kann — für den vorbegrenzten Kreis bergbaulicher Unternehmungen bildet die Gewerkschaft nach wie vor die beste Form der Gesellschaft.

¹ Westhoff, Bericht zur Frage des Reichsberggesetzes, Juristische Wochenschrift 1899 S. 512 ff. XLI S. 36 ff.

Gerade bei diesem auf ein oder wenige Bergwerke beschränkten oder noch in der Entwicklung begriffenen Betriebe tritt die Eigenartigkeit des bergbaulichen Unternehmens, die ihm anhaftende Gefahr, die ihm eigentümliche Unübersehbarkeit unglücklicher Zufälle, die durch alles dies bedingte Unmöglichkeit der Vorausberechnung des notwendigen Anlage- und Betriebskapitals besonders zu Tage und bedingt dort diejenige Konstruktion der bergbaulichen Vereinigung, welche in der Zubusse und Ausbeute, in dem Fehlen eines Grundkapitals oder einer Stammeinlage, in der die Gefahren des Zubussezwanges ausgleichenden Möglichkeit der Kaduzierung den wirtschaftlichen Bedürfnissen dieses Bergbaues den prägnanten rechtlichen Ausdruck verliehen hat.

Diesem wirtschaftlichen Bedürfnisse entsprechend ist die Gewerkschaft auch von den sämtlichen Deutschen Bundesstaaten, welche seit 1860 zu einer Kodifikation ihres Bergrechts übergegangen sind (Preussen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg bzw. des Fürstentums Birkenfeld, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuss jüngere Linie, Lübeck und Elsass-Lothringen) beibehalten, zum Teil erst in neuerer Zeit nachträglich (Reuss jüngere Linie und Coburg-Gotha), zuletzt in Sachsen-Weimar-Eisenach durch das Berggesetz vom 1. März 1905 eingeführt.

In Mecklenburg-Schwerin, wo seit längerer Zeit der Salzbergbau Bedeutung gewonnen hat, ist durch besonderes Gesetz vom 19. Juni 1896 das Institut der Gewerkschaft übernommen worden.

Die Berggesetzgebung für die deutschen Schutzgebiete (Kaiserliche Bergverordnung für Südwestafrika vom 8. August 1905 und die Kaiserliche Bergverordnung für die afrikanischen und Südsee-Schutzgebiete vom 27. Februar 1906¹ hat dagegen das Institut der Gewerkschaft noch nicht übernommen.

¹ Vgl. Westhoff-Schlüter in LI, 249, 272.

Die deutschen Berggesetze stimmen auch in den Grundzügen der gewerkschaftlichen Verfassung insofern überein, als die Gewerkschaft überall als juristische Person anerkannt ist, die Kuxen überall auf Namen lauten und zum beweglichen Vermögen gehören, dass die Gewerken durchweg nach Verhältnis ihrer Anteile an Gewinn und Verlust teilnehmen, und dass endlich jedem Gewerken durch Hingabe seiner Kuxe freisteht, sich von der Zahlung fernerer Zubusse zu befreien.

Im übrigen geht die Verfassung der Gewerkschaft in den einzelnen Bundesstaaten auseinander. Die wesentlichsten Unterschiede gegenüber dem Preussischen Berggesetz sind folgende:

1. Während nach dem Preussischen A.B.G. die Gewerkschaft ipso iure durch den blossen Eigentumserwerb am Bergwerk entsteht, ist nach den Berggesetzen des Königreichs Sachsen, von Baden, Sachsen-Coburg-Gotha, Mecklenburg-Schwerin, Sondershausen und Reuss jüngere Linie, Sachsen-Weimar zur Entstehung der Gewerkschaft ein besonderer Gesellschaftsvertrag erforderlich, für dessen Inhalt mehr oder minder umfangreiche Mussvorschriften aufgestellt sind.

2. Einzelne dieser Staaten (Baden-Coburg-Gotha, Sondershausen, Sachsen-Weimar) haben die rechtliche Existenz der Gewerkschaft noch weitergehend von ihrer öffentlichen Bekanntmachung abhängig gemacht.

3. In Abweichung vom preussischen A.B.G. enthalten die jetzt geltenden Berggesetze von Mecklenburg-Schwerin, Coburg-Gotha, Sondershausen, Sachsen-Weimar und Königreich Sachsen besondere Vorschriften über Auflösung, Liquidation, zum Teil auch über Nichtigkeitserklärung und Entziehung der Rechtsfähigkeit.

4. Das Königl. Sächsische A.B.G. kennt abweichend von allen übrigen Berggesetzen die Gewerkschaft auch für den Grundeigentümerbergbau auf Stein- und Braunkohle.

5. Sachsen, Reuss j. L. und in beschränktem Umfange auch Mecklenburg-Schwerin kennen nicht die Bestimmung des Preussischen Bergrechts, dass die Zahl

der Kuxe entweder 100 oder 1000 betragen muss, sondern überlassen die Festsetzung der Zahl der Kuxe dem Gewerkschaftsstatut.

6. Die Führung des Gewerkenbuches und die Ausfertigung der Kuxscheine erfolgt in Bayern nicht durch die Gewerkschaft, sondern die Bergbehörde.

7. Die Anfechtungsklage des § 115 Preuss. A.B.G. ist den Berggesetzen von Sachsen, Baden und Reuss j. L. unbekannt.

8. Während die Vertretung der Gewerkschaft im Preussischen Berggesetz durch das dort gegebene Normalstatut geregelt ist, überlassen Sachsen und Reuss j. L. die nähere Festsetzung dieser Vertretung dem Gesellschaftsvertrage.

An allen diesen partikularrechtlichen Bestimmungen ist durch das B.G.B. nichts geändert, sie sind vielmehr durch Art. 67 E.G. zum B.G.B. aufrechterhalten und zwar nicht nur für die am 1. Januar 1900 bereits bestehenden, sondern überhaupt, also auch für die nachher ins Leben tretenden Gewerkschaften¹.

Nur insoweit ist eine weitere Uebereinstimmung in der gesetzlichen Behandlung der Gewerkschaften erzielt, als gemäss Art. 4 E.G. zum B.G.B., soweit nicht die Sondervorschriften des jeweiligen Berggesetzes entgegenstehen, jetzt überall das B.G.B. ergänzend eintritt².

In den deutschen Berggesetzen ist zwar eine ausdrückliche „Verweisung“ dahin, dass, soweit Spezialbestimmungen über die Gewerkschaft nicht gegeben, die allgemeinen Landesgesetze über juristische Personen ergänzend eintreten, durchweg nicht enthalten; nur § 15 des neuen Berggesetzes für das Königreich Sachsen vom 31. August 1910 erklärt eine grössere Anzahl von Bestimmungen des Vereinsrechts des B.G.B. ausdrücklich für entsprechend anwendbar und in § 19 Abs. 2 in gewissem Umfange sogar für unabänderlich. Für die übrigen Berggesetze sind aber die allgemeinen Landesgesetze allgemein stillschweigend als Grund-

¹ Art. 3, 67 E.G. zum B.G.B. Habicht S. 101.

² Habicht S. 102.

lage und zur Ergänzung der speziell bergrechtlichen Vorschriften dienend vorausgesetzt worden¹. Eine derartige stillschweigende Bezugnahme auf das allgemeine Landesrecht hat aber auch als „Verweisung“ im Sinn des Art. 4 E.G. zum B.G.B. zu gelten².

Ist sonach durch Art. 4 des E.G. eine einheitliche Ergänzung der verschiedenen Bergrechte durch das B.G.B. herbeigeführt, so ist andererseits der Landesgesetzgebung durch die Art. 3 u. 218 E.G. die Möglichkeit nicht benommen, das Gewerkschaftsrecht verschiedenartig auszugestalten. Bisher ist aber von dieser Befugnis in irgendwie fundamentalen Beziehungen kein Gebrauch gemacht worden.

Hervorzuheben bleibt endlich, dass auf die Gewerkschaften aller Deutschen Bundesstaaten auch die §§ 2, 33—35 H.G.B. und die damit zusammenhängenden sonstigen Bestimmungen desselben übereinstimmend Anwendung finden, wobei im Falle etwaiger Kollision des H.G.B. mit den Landesberggesetzen das erstere vorgeht³.

Das Vorgesagte gilt nicht bloss für diejenigen Gewerkschaften, welche nach dem 1. Januar 1900 zur Entstehung gelangen, sondern auch für die damals **bereits vorhandenen**. Da die landesgesetzliche Regelung des Gewerkschaftsrechts durch Art. 67 E.G. nur insoweit aufrecht erhalten ist, als das jeweilige Landesrecht Sonderbestimmungen über die Gewerkschaft enthält, in allen übrigen Punkten das B.G.B. jetzt auch das Gewerkschaftsrecht regelt, so muss insofern auch Art. 163 E.G. auf die bereits am 1. Januar 1900 vorhandenen Gewerkschaften zur Anwendung kommen⁴. Auch ihre Organisation, ihre Beschlussfassung, ihre Vertretung, ihre Auflösung richtet sich daher, soweit das Landesbergrecht keine speziellen Vorschriften enthält, fortan nach den §§ 25—53 B.G.B.⁵. Dies kann um so weniger einem Zweifel unterliegen, als die Bestimmung des Art. 163 nichts anderes ent-

¹ Vgl. z. B. Motive zum preuss. A.B.G. VI S. 66.

² Plank, Anm. 1 dazu.

³ Art. 2 Reichsverfassung, Art. 2, 5, 15 ff. E.G. zum H.G.B.

⁴ Habicht S. 101. ⁵ Mugdan I S. 215.

hält, als was ohnehin allgemeinen Rechtsgrundsätzen entspricht¹. Im A.B.G. für das Königreich Sachsen vom 31. August 1910, § 15 ist diese Geltung der Bestimmungen des B.G.B. zum besonderen Ausdruck gekommen.

II. Verzeichnis der hauptsächlichsten, für das Gewerkschaftsrecht erheblichen Berggesetze, Novellen und Ausführungsgesetze².

Anhalt. B.G. vom 30. April 1875 §§ 137—151, XVI 281, neu veröffentlicht durch Bekanntmachung der Anhaltischen Staatsministerie vom 20. März 1896 XLVIII, 15.

Bayern. Jetzt gilt B.G. neuester Fassung vom 13. August 1910.

Baden. B.G. vom 22. Juni 1890 XXXI 483 ff., §§ 80 ff.

Braunschweig. B.G. vom 15. April 1867, §§ 97 ff., VIII S. 273 ff., abgeändert durch Gesetz vom 10. Juni 1893, XXXIV, 428.

Birkenfeld. B.G. vom 18. März 1891 XXXIII, 48 ff.

Coburg-Gotha. B.G. vom 23. Oktober 1899 §§ 166—170, XLI 158 ff. und Gesetz vom 26. Januar 1909, L, 346.

Elsass-Lothringen. B.G. für E.L. vom 16. Dezember 1873, §§ 127—131, XV 2 ff.

Hessen. B.G. vom 28. Januar 1876, Art. 141—145, XVII 158 ff. Hessisches A.G. zum B.G.B. vom 17. Juli 1899 Art. 283, XLI, 397. Auf Grund des Art. 290 des A.G. ist das B.G. vom 28. Januar 1876 am 30. September 1899 in neuer Fassung veröffentlicht. XLI 415 ff.

Lübeck. B.G. vom 28. Oktober 1895, §§ 157—161, XXXVII 421 ff.

¹ Foerster-Eccius Bd. I S. 45, Savigny VIII S. 414 ff.

² Vgl. auch die Geschichte des deutschen Bergrechts von Westhoff-Schlüter, LI, 93 ff.

Meiningen. B.G. vom 17. April 1868 IX 315 ff., in der jetzt unter Berücksichtigung mehrerer Nachträge geltenden Fassung durch Ministerialblatt-Bekanntmachung vom 18. Februar 1904 (Sammlung der Verordnungen, Bd. 24, S. 201) neu veröffentlicht, Art. 115 ff.

Mecklenburg-Schwerin. Verordnung vom 16. Mai 1879 § 4, XXXIII, 201. Verordnung vom 19. Juni 1896 betr. die Gewerkschaften. XXXVII 439 ff.

Oldenburg. B.G. vom 3. April 1908 §§ 50 ff., XLIX, 198.

Preussen. Allg. B.G. vom 24. Juni 1865 VI 235.

Einf.-Verordnung für Nassau vom 22. Februar 1867

VIII 1. Einf.-Verordnung für Oberhessen etc. vom

22. Februar 1867 VIII 29. Einf.-Verordnung für

Hannover vom 8. Mai 1867 VIII 145. Einf.-Verord-

nung für Kurhessen etc. vom 1. Juni 1867 VIII 197.

Einf.-Gesetz für Lauenburg vom 6. Mai 1868 IX 289.

Einf.-Gesetz für Schleswig-Holstein vom 12. März 1869

X 137. Einf. in das Jadegebiet (Ges. vom 23. März

1873) XIV 324. Gesetz vom 22. Februar 1869, Stein-

und Braunkohlenbergbau im Bezirke des kurf.-sächs.

Mandats X 115. Gesetz vom 18. Juni 1907, betr.

die Abänderung des A.B.G., XLVIII, 309; Gesetz über

den Bergwerksbetrieb ausländischer juristischer Perso-

nen und den Geschäftsbetrieb ausserpreussischer Ge-

werkschaften vom 23. Juni 1909 (G.S. S. 619) L, 423

und Ausf.-Verordnung vom 11. Dezember 1909,

LI, 19.

Reuss j. L. B.G. vom 9. Oktober 1870 §§ 102—105.

XII 278 ff. Gewerkschaftsgesetz vom 29. März 1895

XXXVIII S. 176 ff.

Sachsen-Altenburg. A.B.G. vom 18. April 1872

§§ 87—127, XIII 156 ff. und Gesetz betr. die Rechts-

verhältnisse des Kohlenbergbaus von demselben Tage,

XIII, 169 ff.

Sachsen-Weimar-Eisenach. B.G. vom 1. März 1905,

§§ 113 ff., XLVI, 314 ff., Art. II des Gesetzes vom

20. Dezember 1905, XLVII, 294.

Schaumburg-Lippe. B.G. vom 28. August 1906,

§§ 50 ff., XLVII, 298/302.

Schwarzburg-Sondershausen. B.G. vom 6. März 1894 §§ 100—146, XXXVII 38 ff.

Schwarzburg-Rudolstadt. A.B.G. vom 20. März 1894 §§ 158 ff., XXXVII 391 ff.

Königreich Sachsen. A.B.G. in der neuen Fassung des Gesetzes vom 31. August 1910, LII, 17 ff., Abschn. II.

Waldeck-Pyrmont. Ges. vom 1. Januar 1869 betr. Einführung des Preuss. A.B.G. X 143.

Württemberg. B.G. vom 7. Oktober 1874 XV S. 431 ff., Art. 136 ff.

Ferner ist hier noch auf die das Bergrecht betreffenden besonderen Vorschriften der Landesausführungsgesetze zum B.G.B. und zu dessen Nebengesetzen hinzuweisen; sie sind zusammengestellt in XLI, 1—33, 257—267, 397—414.

III. Abkürzungen und Zitate.

G. — Gewerkschaft.

I 1 — Brasserts Zeitschrift für Bergrecht Bd. I S. 1.

Berlin — Entscheidung der Ministerialinstanz.

Bonn, Clausthal, Dortmund, Breslau, Halle — Bescheide der dortigen Oberbergämter.

Brassert, Klostermann-Thielmann, Oppenhoff, Arndt, Westhoff-Schlüter, Menzen — Kommentare zum Allgemeinen Berggesetze für die Preussischen Staaten (A.B.G.)

Klostermann, Gräff, Achenbach — Lehrbücher des Bergrechts.

Esser — Gewerkschaft.

Daubenspeck — Bergrechtliche Entscheidungen des Reichsgerichts. 2 Bände.

Simon — Recht der Berggewerkschaften, Berlin 1900.

Westfälisches Statut I, II u. III — bei Simon S. 51 ff.

Wahle — Sächsisches Berggesetz, Leipzig 1911.

- Freiesleben — Handbuch der Sächsischen Berggesetzgebung.
- Brassert, Materialien — des Bergrechts des Allgemeinen Preussischen Landrechts.
- Klostermann, Entscheidungen — bergrechtliche des Obertribunals.
- Plank, Rehbein, Kuhlenbeck, Neumann, Leske, Riedel, Scherer — Kommentare bzw. Lehrbücher des Bürgerlichen Gesetzbuchs (B.G.B.).
- Eccius, Dernburg Pr. Pr. — Lehrbücher des Preussischen Privatrechts.
- Rehbein, Entscheidungen — des Obertribunals.
- Mugdan — Materialien zum B.G.B.
- Niedner — Einführungsgesetz zum B.G.B.
- Habicht — Einwirkung des B.G.B. auf vorher begründete Rechtsverhältnisse.
- Leonhard — Allgemeiner Teil des B.G.B.
- Biermann, Foerster-Turnau — Sachenrecht des B.G.B.
- Oertmann — Recht der Schuldverhältnisse des B.G.B.
- Schultz-Goerlitz (2 Bände), Raussnitz, Wellstein (2 Bände), Koch-Jastrow — Kommentare zu dem Reichsgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und das Preussische Ausführungsgesetz dazu.
- Oberneck — Grundbuchrecht des B.G.B.
- Jaeckel, Wolff — Reichs-Zwangsversteigerungsgesetz.
- Wilmowsky, Wolff — Reichskonkursordnung.
- Wilmowsky et Levy, Struckmann und Koch, Sydow und Busch — Kommentar zur Zivilprozessordnung.
- Daude — Aufgebotsverfahren.
- Rehbein W.O. — Wechselordnung.
- Staub, Dühringer und Hachenburg, Lehmann und Ring, Puchelt — Kommentare zum Handelsgesetzbuch.
- Ring — Aktienrecht.
- Heinitz — Preussisches Stempelgesetz.
- Stranz und Gerhard — Preussisches Ausführungsgesetz zum B.G.B.
- Becher — Deutsche Ausführungsgesetze zum B.G.B. 2 Bde.
-

Allgemeines Berggesetz für die preussischen Staaten.

Vierter Titel.

Von den Rechtsverhältnissen der Mitbeteiligten eines Bergwerks.

§ 94. Zwei oder mehrere Mitbeteiligte eines Bergwerks bilden eine Gewerkschaft.

Die Gewerkschaft kann ihre besondere Verfassung durch ein notariell oder gerichtlich zu errichtendes Statut regeln, welches der Zustimmung von wenigstens drei Vierteln aller Anteile und der Bestätigung des Oberbergamts bedarf.

Die Bestimmungen der §§ 95 bis 110, 114 Absatz 2 und 123 bis 128 dürfen durch das Statut nicht abgeändert werden.

A. Entstehung der Gewerkschaft.

1. Die Voraussetzung für die Entstehung einer Gewerkschaft ist nach § 94 Abs. 1 die **Mitbeteiligung Mehrerer an einem Bergwerk**. An dieser Voraussetzung ist auch durch die Vorschrift in § 38c Abs. 3 A.B.G. in der Fassung des Gesetzes vom 18. Juni 1907 (G.S. S. 119), welche die Bestimmungen im vierten Titel des A.B.G. über die Gewerkschaft auf die Rechtsverhältnisse der Mitbeteiligten an einem Gewinnungsrechte des § 38c a. a. O. für anwendbar erklärt, nichts geändert worden; denn auch die Begründung eines solchen Gewinnungsrechts setzt das Bestehen von Bergwerkeigentum voraus (vgl. § 38c Abs. 1 a. a. O.).

1. Es ist danach zunächst das **Vorhandensein eines Bergwerks** erforderlich. Das A.B.G. definiert das Bergwerk im § 54 „als die ausschliessliche Berechtigung, nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes,

das in der Verleihungsurkunde benannte Mineral in seinem Felde aufzusuchen und zu gewinnen“.

Hiernach kann es keinem Zweifel unterliegen, dass das Bergwerk im Sinne des § 94 nur ein solches sein kann, welches einer Verleihung, also einem staatlichen Hoheitsakt, seine Entstehung verdankt.

Es können also in der Form der gewerkschaftlichen Verfassung regelmässig nur solche bergbauliche Unternehmungen betrieben werden, welche auf die Gewinnung eines der im § 1 des A.B.G. aufgeführten Mineralien gerichtet sind. Die Gewinnung anderer Mineralien kann gewerkschaftlich nur dort betrieben werden, wo landesgesetzlich oder provinzialrechtlich der Kreis der bergbaufreien Mineralien weitergezogen ist, wie in dem § 1 des A.G.B. Darnach können speziell in den nachfolgenden Bundesstaaten bezw. preussischen Landesteilen noch für die Gewinnung folgender Mineralien Gewerkschaften zur Entstehung gelangen:

a) des Dachschiefers in dem früheren Herzogtum Nassau (Art. 2 der Einführ.-Verordn.), Meiningen (§ 1), Waldeck (§ 1), Reuss j. Linie (§ 1);

b) Bitumen in Elsass-Lothringen, Baden (§ 1), Weimar (§ 1), Schaumburg-Lippe (§ 1 Abs. 2), Oldenburg (§ 1);

c) Raseneisenerze in Hessen-Darmstadt (§ 1), Baden (§ 1), Bayern (§ 1);

d) Schwerspat in Gotha (§ 1), preuss. Herrschaft Schmalkalden¹;

e) Flussspat in Gotha (§ 1), Anhalt (§ 1);

f) Tafelschiefer in Meiningen (§ 1), Reuss j. L. (§ 1);

g) Farbenerden in Meiningen (§ 1), Reuss j. L. (§ 1);

h) Wismut in Baden (§ 1), Weimar (§ 1);

i) Naphta, Bergwachs, Asphalt in Schaumburg-Lippe (§ 1 Abs. 2), Oldenburg (§ 1);

k) Radiumhaltige Mineralien und radioaktive Wasser im Königreich Sachsen (§ 5 Abs. 3).

Nach dem A.B.G. für das Königreich Sachsen ist die Bildung der Gewerkschaft jedenfalls bez. der metal-

¹ Art. 15 des Einführ.-Ges. für Hannover.

lischen Mineralien, wie bei der Stein- und Braunkohle zulässig¹.

Im Einzelnen ist noch folgendes hervorzuheben:

a) Da nach Inhalt der §§ 94, 54, A.B.G. Voraussetzung für die Gewerkschaft nur ist, dass das Bergwerk, durch dessen Erwerb sie begründet wird, seine originäre Entstehung, einem staatlichen Hoheitsakte zu verdanken hat, nicht auch, dass die übrigen Voraussetzungen der Entstehung der Gewerkschaft auch schon im Augenblicke der Verleihung des Bergwerks gegeben sind, so ist es nicht zweifelhaft, dass die Gewerkschaft auch entsteht, wenn das Bergwerk erst durch derivativen Titel, aus dem Eigentum des beliehenen Einzelnen in das Eigentum Mehrerer übergeht: sei es nun, dass das Bergwerk an eine aus mehreren Dritten bestehende Gewerkschaft aufgelassen wird, oder dass der bisherige Alleineigentümer einen Zweiten mitbeteiligt, beides unter der Voraussetzung, dass das Bergwerk auf den Namen der Gewerkschaft im Grundbuche eingetragen, und dadurch nicht bloss der Eigentumserwerb vollzogen, sondern gleichzeitig zum Ausdruck gebracht ist, dass eine Ausschliessung der gewerkschaftlichen Verfassung, gemäss § 133 A.B.G. nicht gewollt wird. Zu bemerken bleibt aber, dass bei der Auflassung nicht besonders beantragt zu werden braucht, dass die Umschreibung des Eigentums am Bergwerk auf den Namen der Gewerkschaft erfolgen solle. Vielmehr muss nach § 94, 133 A.B.G. der Grundbuchrichter, wenn der bisherige Alleineigentümer eines Bergwerks durch Auflassung das Eigentum an dem Bergwerk Mehreren überträgt oder an dem Eigentum einen Zweiten mitbeteiligt, von **Amtswegen**, wenn nicht, von dem Erschienenen ausdrücklich ein Anderes erklärt wird, das Bergwerk im Grundbuch auf den Namen der Gewerkschaft eintragen². Sollte der Grundbuchrichter in solchem Falle irrtümlich das Bergwerk auf den Namen des Mitbeteiligten, etwa als Miteigentümer nach Bruchteilen ein-

¹ § 2 Abs. 2 des A.B.G.

² So zutreffend Bonn 31./10. 99 XLI S. 122.

getragen haben, so wird die Gewerkschaft als solche Anspruch gegen die Eingetragenen auf Berichtigung des Grundbuches haben¹.

b) Unbedenklich ist auch, dass das Bergwerk im Sinne des § 94 nicht nur das unter der Herrschaft des A.B.G., sondern auch ein unter der früheren Gesetzgebung staatlich verliehenes Bergwerk umfasst, also auch auf einem jetzt nicht mehr zulässigen Verleihungstitel, z. B. Distriktsverleihung, Konzession beruhen kann, vorausgesetzt, dass nur auch nach bisherigem Recht die Bergbauberechtigung sich inhaltlich als Bergwerkseigentum und nicht etwa bloss als *ius excludendi alios* oder als Erbzins oder Erbpachtrecht qualifiziert². Ebenso gilt als Bergwerk im Sinne des § 94 auch ein solches, unter der Herrschaft des früheren Rechts begründetes Bergwerkseigentum, welches ein jetzt nicht mehr bergbaufreies, früher aber der Bergregalität unterliegendes Mineral betrifft³. Es muss für die Entstehung der Gewerkschaft genügen, wenn das Bergwerkseigentum seine ursprüngliche Entstehung einem staatlichen Hoheitsakte irgend welcher Art verdankt, mag der Uebergang des Bergwerkseigentums auf eine Personenmehrheit auch erst nach Erlass des A.B.G. erfolgt sein. Für alle diese Fragen muss entscheidend sein, dass nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen die rechtlichen Wirkungen des Eigentums sich stets nach dem richten, was das geltende Gesetz bestimmt⁴. Damit in Uebereinstimmung, dass eine gewerkschaftliche Verfassung jedenfalls dann zuzugestehen ist, wo der Erwerb des Bergwerks auf einem staatlichen Hoheitsakt beruht, mag derselbe auch nicht gerade der regelmässige, d. h. der auf Grund vorhergegangener Mutung erfolgten staatlichen Verleihung sein, haben eine Reihe derjenigen Berggesetze, die den

¹ Turnau u. Foerster I S. 219, § 894 B.G.B., § 54 R.Gr.B.O.

² Vgl. Achenbach S. 210 ff., 246 ff., Brassert, Anm. zu § 250, Westhoff in XLVIII, 79.

³ Vgl. die im § 69 ff. II 16 A.L.R. aufgeführten Mineralien, welche vielfach vom A.B.G. nicht übernommen sind, z. B. ein Raseneisenerzbergwerk.

⁴ Vgl. Art. 181 E.G. zum B.G.B., Mugdan I S. 83 ff.; vergl. auch §§ 222 u. 250 Abs. 2 A.B.G.

Salzbergbau dem Staate reservierten und darüber nur durch besondere staatliche Konzession verfügen, auch auf diesen Salzbergbau die gewerkschaftliche Verfassung Anwendung finden lassen: so jetzt sowohl Preussen durch § 38c Abs. 3 A.B.G. in der Fassung des Gesetzes vom 18. Juni 1907, wie auch Königreich Sachsen (§ 5 Abs. 2), Sondershausen (§ 4 des B.G.), Baden¹, Sachsen-Altenburg², Braunschweig³, während dies für andere Bundesstaaten, z. B. Sachsen-Weimar⁴, Schwarzburg-Rudolstadt, Lübeck, nach der Fassung der betr. Gesetze zweifelhaft ist, aber auch dort wohl bejaht werden muss.

d) Dagegen ist **Bergwerk** im Sinne des § 94 nicht ein solches, welches auf anderem Wege als dem eines staatlichen Hoheitsaktes entstanden ist, namentlich nicht also eine solche Bergbauberechtigung, die ihre Entstehung einem Verträge mit dem Grundeigentümer verdankt⁵.

Wo also auf Grund besonderer landesgesetzlicher oder provinzialrechtlicher Bestimmung solche Mineralien, welche nach § 1 des A.B.G. regelmässig der Bergbaufreiheit unterliegen, dem Grundeigentümer vorbehalten sind, gelangt bei Erwerb eines solchen Bergwerkes durch Mehrere eine Gewerkschaft nicht zur Entstehung. Es gilt dies z. B. für Sachsen-Altenburg⁶, wo Stein-, Braunkohle und Graphit, und Sondershausen (§ 1), wo die Braunkohle dem Grundeigentümer vorbehalten ist.

In Uebereinstimmung damit haben auch die preussischen Spezialgesetze, welche für den sogemannten sächsischen Mandatsbezirk, in welchem Steinkohle und Braunkohle als Zubehör des Grundstücks gilt⁷ und das Einführ.-Gesetz für die Provinz Hannover, wo Salze und Soolquellen überall, in dem zu dieser Provinz gehörigen Fürstentum Calenberg und Grafschaft Spiegelberg ausser-

¹ § 3 B.G., Mecklenburg-Schwerin § 1 G.G., Gotha § 1, Oldenburg und Schaumburg-Lippe, welche überhaupt grundsätzlich alle wertvolleren Mineralien dem Staate vorbehalten haben.

² § 1a der Salz-Gesetznovelle.

³ Art. II der Salz-Gesetznovelle. ⁴ § 3, § 22, § 37 B.G.

⁵ Brassert, Anm. 4 zu § 94; Westhoff in XLVIII, 79/80.

⁶ Ges. vom 18./4. 72 betr. den Kohlenbergbau.

⁷ § 9 und 10 des Gesetzes vom 22. Febr. 1869, X S. 119 Motive VIII S. 370, Brassert, Anm. 7 zu § 133.

dem noch Stein- und Braunkohle dem Eigentum des Grundbesitzers unterworfen ist¹, die Anwendung des vorstehenden IV. Titels A.B.G. auf die dort entstehenden Bergbaugemeinschaften u. a. gerade auch deshalb abgelehnt, weil nach der ganzen historischen Entwicklung der Gewerkschaft dieselbe nur zur Förderung des staatlich verliehenen Bergwerkseigentums bestimmt sei².

Auch die späteren Spezialgesetze, welche den Eisenerzbergbau im Herzogtum Schlesien und der Grafschaft Glatz in Abänderung des § 211 A.B.G.³ und den Steinkohlen- und Salzbergbau in der Provinz Hannover⁴ sonst fast überall den Bestimmungen des A.B.G. unterwarfen, haben doch unter gleicher Begründung die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Verfassung auf diesen Bergbau nicht zugelassen. Die gleiche Haltung hat der Gesetzgeber im Gesetz vom 6. Juni 1904, betr. die Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl (G.S. S. 105) eingenommen.

Nur das Berggesetz des Königreichs Sachsen, wo nach der historischen Entwicklung des sächsischen Bergrechtes die Stein- und Braunkohle dem Grundeigentümer vorbehalten ist, lässt auch für diesen Grundeigentümerbergbau die Gewerkschaft zu (§§ 2 u. 4).

In Preussen ist schliesslich neuerdings durch § 38 c Abs. 3 des Berggesetzes in der Fassung der Novelle vom 18. Juni 1907 die Anwendbarkeit der auf die Gewerkschaft bezüglichen berggesetzlichen Vorschriften für das vererbliche und veräusserliche Gewinnungsrecht mehrerer Mitberechtigter ausgesprochen worden, dessen Errichtung an staatlichem Bergwerkseigentum § 38 c Abs. 1 a. a. O. neu vorgesehen hat. Ein solches dingliches Gewinnungsrecht kann an staatlichem Bergwerkseigentum, soweit es in Gemässheit des § 38 b a. a. O. zur Aufsuchung und Gewinnung von

¹ Art. 2 und 12 des Einführ.-Ges. für die Provinz Hannover.

² R.G. 20./4. 1880 XXII S. 111, für Calenberg, Clausthal 18./11. 1885 und Berlin 18./12. 1885 XXVII S. 138 und 250, Clausthal 3./7. 1879 und Berlin 22./7. 1879 XX S. 400, Berlin 13./7. 1887 XXVIII S. 531.

³ Gesetz vom 8./4. 1894.

⁴ Gesetz vom 14. Juli 1895.

Stein-, Kali-, Magnesia- und Borsalzen, sowie der brechenden Salze und Solquellen verliehen worden ist, errichtet werden. Die gleiche Regelung für die Aufsuchung und Gewinnung der jetzt gleichfalls dem Staate vorbehaltenen Steinkohle fehlt zur Zeit noch; sie wird wohl demnächst in dem durch Abs. 4 § 2 A.B.G. in der Fassung der Novelle vom 18. Juni 1907 in Aussicht gestellten Gesetz erfolgen.

e) Der gesetzliche Ausschluss der gewerkschaftlichen Verfassung von dem Grundeigentümerbergbau hat vielfach dazu geführt, dieselbe für den letzteren, z. B. den Kalisalzbergbau in der Provinz Hannover und auch für den Braunkohlenbergbau im sogen. sächsischen Mandatsgebiet auf dem Umwege einzuführen, dass eine möglichst 1000 teilige Gewerkschaft von vielleicht geringem Werte, wie sie namentlich bezüglich des Eisenerzbergbaues im Bezirke des Oberbergamts zu Bonn vielfach existieren, „gekauft“ und dann auf Grundlage dieser Gewerkschaft der verleihungsfremde Bergbau betrieben wird. In anderen Fällen werden auf ähnliche Weise sogar Fabriken und andere industrielle Unternehmungen in der Form der gewerkschaftlichen Verfassung betrieben.

Die Bergbehörden haben in konstanter Verwaltungspraxis bis in die letzten Jahre es abgelehnt, Statuten solcher Gesellschaften ihre Genehmigung zu erteilen, sofern ersichtlich war, dass dieselben den gesetzlichen Zwecken, für welche die Gewerkschaft bestimmt, fernliegende Ziele zu verfolgen beabsichtigten¹.

Mangels entgegenstehender allgemeiner oder spezieller berggesetzlicher Bestimmungen, muss es aber

¹ Cfr. Berlin 13. Juli 1887 XXVIII S 530, wo der Erwerb eines wenig wertvollen, der gewerkschaftlichen Verfassung sich erfreuenden Bergwerks nur dazu dienen sollte, einem bedeutenden, im Fürstentum Kalenberg belegenen Kohlenbergwerk die gewerkschaftliche Verfassung zu sichern; desgleichen Bonn 31. Mai 1879 XX S. 399, wo in Wahrheit Kalksteinbrüche gewerkschaftlich betrieben werden sollten; vergl. auch R.G. 20./4. 1880 XXII 111, Berlin 18./12. 1885 XXVII S. 138, Berlin 22./7. 1879 XX 400 und besonders ausführlich Berlin 9./9. 1897 XXXIX S. 242; sowie 18./4. 1900 XLI S. 375; aber jetzt Berlin 17./1. 1908, XLIX, 334/35.

als recht zweifelhaft bezeichnet werden, ob nicht doch die Ausdehnung des gewerkschaftlichen Betriebes auf solche ausserhalb des auf Verleihung beruhenden Bergbaues liegende Geschäftszwecke gesetzlich zulässig ist¹. Zugeben muss man, dass der gesamte Inhalt des A.B.G. keinen Zweifel darüber lässt, dass es der Förderung des auf Verleihung beruhenden Bergbaues bestimmt ist. Bezüglich der Gewerkschaft hat aber dieser, an die Regalität des Deutschen Bergrechts anknüpfende Grundsatz im Gesetz selbst nur dahin Ausdruck gefunden, dass die Entstehung der Gewerkschaft allein durch den Besitz eines verliehenen Bergwerks vermittelt wird.

Dass aber die einmal entstandene Gewerkschaft auch nur auf den Betrieb verliehenen Bergwerkes beschränkt sei, ist im Gesetze nicht zum Ausdruck gelangt. Im Gegenteil ergibt sich daraus, dass der Gesetzgeber der Gewerkschaft die Rechte einer juristischen Person verliehen hat, ihre jedenfalls nach aussen hin unumschränkte Rechts- und Handlungsfähigkeit². Wollte der Gesetzgeber den Geschäftskreis der Gewerkschaft auf den Betrieb verliehenen Bergwerkes, einschliesslich etwaiger Nebenbetriebe, beschränken, so musste er dies im Gesetze besonders festsetzen.

Kann deshalb nicht zweifelhaft sein, dass die Gewerkschaft an sich jedenfalls nach aussen hin befähigt ist, auch nicht verliehenes Bergwerkseigentum oder sonstige gewerbliche Anlagen zu erwerben und zu betreiben, so lange nur der Betrieb des verliehenen Bergwerkes die Hauptsache bleibt, so ermangelt es an jeder gesetzlichen Grundlage, dies für den Fall auszuschliessen, wo die neu zu erwerbende, an sich ausserhalb des Berggesetzes fallende Anlage, im Verhältnis zu dem verliehenen Bergwerk, als Hauptsache erscheint. War dies dennoch die Absicht des Gesetzgebers, so wäre eine besondere gesetzliche Regelung

¹ Hense XL S. 327 ff.

² Vergl. auch zu § 96. In § 52 des Berggesetzes für Schaumburg-Lippe vom 28. März 1906 und für Oldenburg vom 3. April 1908 ist diese Unbeschränktheit auch ausdrücklich ausgesprochen worden.

um so notwendiger gewesen, weil doch auch infolge nachträglicher Entwicklung das Verhältnis von Haupt- und Nebensache sich ändern kann. Soll der Erwerb dann nachträglich ungültig werden? Soll eine Gewerkschaft, welche gegen den Besitzer eines Salzbergwerks in Hannover Forderungen hat, nicht berechtigt sein, im Wege der Zwangsvollstreckung dessen Rechte auf Salzgewinnung zu erwerben, wenn diese wertvoller sind, wie seine in Westfalen belegene Saline? Man könnte bei dem gänzlichen Schweigen des A.B.G. über diese Frage zu einem andern Resultate gegenüber der an sich unbeschränkten Rechts- und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaft nur dann gelangen, wenn man etwa auf Grund allgemeiner oder spezieller berggesetzlichen Bestimmungen annehmen dürfte, dass eine Gewerkschaft in dem Augenblicke, wo sie aufhört eine bergbautreibende Gesellschaft zu sein, und sich, sei es ausschliesslich oder doch in der Hauptsache, andern Geschäftszweigen zuwendet, auch aufhört, als „Gewerkschaft“ zu existieren, so dass sie von diesem Zeitpunkt an nur noch als nicht rechtsfähiger Verein im Sinne des § 54 B.G.B. oder als rein zivilrechtliche Gesellschaft anzusehen wäre. Solche Rechtssätze sind aber nicht vorhanden.

Dass die Bergbehörde jedenfalls nicht im Stande ist, eine derartige Gewerkschaft zwangsweise zur Auflösung zu bringen, ist zweifellos. Der § 43 des B.G.B. wird jedenfalls eine Handhabe nicht bieten. Denn wenn man auch in solchen Fällen einen „gesetzwidrigen Beschluss der Mitgliederversammlung oder ein gesetzwidriges Verhalten des Vorstandes“ annehmen wollte, und wenn gleich die Ausdehnung der Gewerkschaftsform auf ein Unternehmen, für das sie nach dem Gesetz nicht bestimmt ist, dem öffentlichen Interesse widerstreiten kann, so dürfte doch jedenfalls eine „Gefährdung des Gemeinwohls“ nicht vorliegen¹. Aber auch eine Auflösung der Gewerkschaft ipso jure tritt nicht ein! Denn auch

¹ Vgl. Parisius-Krüger, Genossenschaftsgesetz II. Aufl. S. 309 und Gesetz m. b. H. zu § 62, ferner Riedel B.G.B. I S. 92.

ein allgemeiner Rechtssatz dahin, dass juristische Personen ohne weiteres erlöschen, so bald sie beginnen, sich in gesetzwidriger Weise solchen Zwecken zuzuwenden, für welche die Form der juristischen Person nicht gegeben ist, besteht nicht. Im Gegenteil ergibt¹ § 43 des B.G.B., dass die Aufgabe desjenigen Zweckes, für welchen allein das Gesetz die Korporation hat ins Leben treten lassen, ja die Verfolgung direkt staatsgefährlicher Ziele, dieselbe nicht zur Auflösung bringt, vielmehr dem Staate nur die Möglichkeit gewährt, unter den weiteren dort näher angegebenen Voraussetzungen dem Verein die Rechtsfähigkeit zu entziehen.

Auch die weitere Frage, ob nicht wenigstens nach Innen hin eine derartige dem gesetzlichen oder vereinbarten Statut widersprechende Ausdehnung des Geschäftsbetriebes der Gewerkschaft den Gewerke gegenüber unzulässig ist, ob der einzelne Gewerke deshalb z. B. nicht berechtigt ist, die Zahlung der Zubusse in solchen Fällen zu weigern, wo dieselbe zum Betriebe vom Grundeigentümerbergbau oder von Fabriken gefordert wird, wird verneint werden müssen².

Der § 102 Abs. 2 A.B.G. ist entscheidend. Danach muss der Gewerke zur Erfüllung „der Schuldverbindlichkeiten der Gewerkschaft“ beitragen. Seine Beitragspflicht erstreckt sich deshalb soweit, als solche Schuldverbindlichkeiten nach Aussen hin gültig begründet sind und resp. begründet werden können. Und auch die §§ 114 ff., das gänzliche Fehlen einer

¹ Cfr. auch § 79 des Genossenschaftsgesetzes wie § 62 des Gesetzes über die Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

² A.M. O.L.G. Braunschweig 5./10. 1900, XLII, 353. Das dazu ergangene Urteil des R.G. vom 19./1. 1901 hat materiell zu der Frage keine Stellung genommen, wohl aber R.G. 28./9. 1901 und 23./11. 1901, XLIII, 87 und 239, welches der oben vertretenen Auffassung sich anschliesst. Im Gegensatz hierzu hat K.G. 10./4. 1901, XLIII, 109 den Erwerb eines für den Grundeigentümerbergbau bestimmten Grundstücks durch eine Gewerkschaft für ein Umgehungsgeschäft erachtet und deshalb die Eintragung des Grundstücks auf den Namen einer solchen Gewerkschaft, welche ersichtlich bloss zum Zweck des Grundeigentümerbergbaus ins Leben getreten war, abgelehnt.

dem § 271 H.G.B. entsprechenden Anfechtungsklage „wegen Verletzung des Gesetzes oder des Gesellschaftsvertrages“ ergeben, dass, wenn einmal ein formell unter Beobachtung der §§ 111—114 A.B.G. zu Stande gekommener Gewerkschaftsbeschluss vorliegt, im übrigen die Gültigkeit desselben lediglich von der Erreichung der gesetzlichen Majorität abhängt, seine Gültigkeit auch nach Innen hin nicht unter der Behauptung der materiellen Statutwidrigkeit, sondern nur unter der Darlegung, dass er nicht „zum Besten der Gewerkschaft gereiche“, angefochten werden kann.

Man wird deshalb trotz aller Zweifel dafür sich entscheiden müssen, dass nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung die einmal entstandene Gewerkschaft auch in der Hauptsache sich anderen Betrieben zuwenden kann, als dem des verliehenen Bergwerkes¹. Denselben Standpunkt nimmt jetzt neuerlich auch, wenigstens vom Standpunkt des öffentlichen Interesses aus die oberste Bergverwaltungsbehörde in Preussen laut des Rekursbescheides vom 17. Januar 1908 XLIX, 334 ein. Ganz zweifelsfrei haben die hier vertretene Ansicht die Berggesetze für Schaumburg-Lippe und Oldenburg (vgl. oben) zum Ausdruck gebracht. Die gleiche Auffassung liegt wohl auch dem Abs. 3 des § 9 des neuen Berggesetzes für das Königreich Sachsen zugrunde.

De lege ferenda wird es sich allerdings empfehlen, demnächst durch geeignete gesetzliche Bestimmungen der Rechts- und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaft bestimmte, der ursprünglichen Zweckbestimmung dieser bergbaulichen Gesellschaftsform entsprechende Grenzen zu ziehen.

f) Ein Bergwerk gemäss § 94 ist nur ein solches, welches bereits verliehen ist.

Eine Mutungsgesellschaft bildet daher ebenso wenig eine Gewerkschaft² wie eine Gemeinschaft von mehreren Berechtigten an einem erst durch Konsoli-

¹ Hense a. a. O. ähnlich; ebenso Westhoff in XLVIII, 81.

² R.G. 12./11. 1884 XXVII S. 212.

dation¹ oder durch Feldesteilung zu bildenden Bergwerk².

g) Die Tatsache, dass das Bergwerk, welches die Gemeinschaft erwirbt, zu **einem ideellen Teile mit Hypotheken belastet ist**, schliesst die gewerkschaftliche Verfassung nicht aus³.

Der § 98 A.B.G. steht nicht entgegen, er besagt nur, dass die Gewerkschaft selbst das von ihr eigentümlich besessene Bergwerk nur als Ganzes belasten dürfe.

Diese Bestimmung ist ausweise der Motive⁴ nur eine Folgerung aus der selbständigen und einheitlichen Persönlichkeit der Gewerken, von der als Alleineigentümerin „ideelle Teile am Bergwerk nicht mehr besessen werden können“. Man hat auch durch diese Bestimmung lediglich allen Zweifeln darüber, ob die Gewerken etwa noch als Miteigentümer des Bergwerks betrachtet werden können, begegnen wollen.

2. Die zweite Voraussetzung zur Entstehung einer Gewerkschaft ist die **Beteiligung an einem Bergwerk**.

Eine G. kann daher auch nicht statutarisch gleich für **mehrere selbständige Bergwerke** bestellt werden. Es entstehen vielmehr, wenn dieselbe Personenmehrheit gleichzeitig mehrere Bergwerke erwirbt, so viele G., wie Bergwerke vorhanden sind. Soll nur eine G. gebildet werden, so müssen die mehreren Bergwerke zuvor durch Konsolidationsbeschluss vereinigt werden. Sofern dies nicht angängig, erübrigt nichts als dass die für ein Bergwerk entstehende G. demnächst die andern Bergwerke durch Auffassung erwirbt⁵.

3. Die Gewerkschaft verlangt ferner zu ihrer Entstehung **Mitbeteiligung an einem Bergwerk**.

¹ R.O.H.G. 21./10. 75 XVII S. 506. 510; 29./4. 78 XIX S. 525; O.Tr. 21./1. 78 XIX S. 395.

² R.O.H.G. 21./12. 76 XIX S. 253, O.Tr. 9./10. 77 XIX S. 257, Brassert Anm. 4, Klostermann-Thielmann Anm. 2.

³ A.M. Oppenhoff Anm. 534, Klostermann Anm. 216 zu § 98 und 279 zu § 133, ebenso anscheinend Thielmann.

⁴ S. 151 VI.

⁵ Halle 7./4. 85 S. 402, Kammergericht in Johow's Jahrbüchern 11./12. 99 XIX S. 8; Westhoff in XLVIII, 82.

Darüber, welcher rechtlichen Art diese **Mitbeteiligung** sein soll, spricht sich das Gesetz nicht ausdrücklich aus. Indes ergibt sich namentlich aus § 114 A.B.G. über die Befugnisse der Gewerkenversammlung, wonach dieselben über die Substanz des Bergwerks durch Verkauf, Tausch, Verpfändung etc. verfügen kann, unzweideutig, dass die Personenmehrheit in einem solchen Verhältnisse zu dem Bergwerk stehen muss, dass sie die dort vorgesehenen Befugnisse aus eigenem Recht auszuüben in der Lage ist.

Man wird daher um so mehr annehmen müssen, dass diese „Mitbeteiligung“ des § 94 sich als „Eigentum“ der G. am Bergwerk qualifiziert, als auch das gemeine Bergrecht, dessen Gesellschaftsform das A.B.G. in der G. hat konservieren wollen, für die letztere Eigentum am Bergwerk erforderte¹.

Mehrere Pächter oder Niessbraucher eines Bergwerks, oder mehrere Käufer eines solchen, welche sich zwar im Besitze befinden, aber noch der Eintragung zum Grundbuche entbehren, bilden deshalb keine Gewerkschaft².

4. Des weiteren wird **Mitbeteiligung Mehrerer** an einem Bergwerke verlangt. Da das Gesetz nicht vorschreibt, dass die „Mehreren“ physische Personen sein müssen, so werden unbedenklich auch mehrere juristische Personen (z. B. Aktiengesellschaften, Gewerkschaften) eine G. begründen kann³.

5. Die gewerkschaftliche Verfassung darf weiterhin **nicht durch besondere Umstände ausgeschlossen sein**.

Ungeachtet die Voraussetzungen des § 94 im übrigen vorliegen, tritt nämlich die gewerkschaftliche Verfassung in folgenden Fällen nicht ein:

a) Nach Vorschrift des § 133 Abs. 1, wenn die Rechtsverhältnisse der Mitbeteiligten **durch Vertrag**

¹ Arndt Anm. 1, R.G. 12./11. 84 XXVII S. 211.

² Brassert Anm. 3, R.O.H.G. 15./9. 79 XXI S. 259.

³ Esser S. 6, cfr. auch Ring zu Art. 209c S. 414 für die Aktiengesellschaft Petersen und Pechmann, Aktiengesetz S. 335, Kayser Note 7 zu Art. 209, Esser A.G. S. 78, Staub Anm. 4 zu § 182 H.G.B.

oder sonstige Willenserklärung (z. B. letztwillige Verfügung) in notarieller oder gerichtlicher Form **anderweit geregelt** sind. Das Einzelne siehe zu diesem §. Der Fall ist z. B. auch dann gegeben, wenn die mehreren Beliehenen bei ihrem Erscheinen vor dem Grundbuchrichter das Bergwerk auf ihren Namen als Miteigentümer eintragen lassen¹.

b) Nach § 133 Abs. 2 tritt ferner die gewerkschaftliche Verfassung nicht ein, wenn das Bergwerk „den Teilhabern an einer ungeteilten Erbschaft oder einer sonstigen gemeinschaftlichen Masse zufällt“ und zwar nach den Motiven deshalb nicht, weil in diesem Fall die Gemeinschaft weder aus bergbaulichen Zwecken hervorgegangen, noch durch dieselben begrenzt ist.

Der Abs. 2 § 133 tritt seinen Wortlaut nach, in ersterem Fall selbst dann ein, wenn das Bergwerk den ganzen Aktivbestand der Erbmasse bildet. Auch macht es keinen Unterschied, ob die Beteiligten gesetzliche oder testamentarische Erben sind. § 133 Abs. 2 tritt anderseits aber nur ein, falls das Bergwerk zu einer Erbschaft gehört. Mehrere Vermächtnisnehmer eines Bergwerks bilden daher eine Gewerkschaft, falls der Erblasser die Entstehung derselben nicht gemäss § 133 Abs. 1 ausgeschlossen hat². Eine „sonstige gemeinschaftliche Masse“ liegt namentlich vor bei ehelicher Gütergemeinschaft³ sowie bei der mit den Abkömmlingen fortgesetzten Gütergemeinschaft des B.G.B. und des Westfälischen Provinzialrechts.

Dass der Fall des Konkurses des bisherigen Alleineigentümers des Bergwerks gleichfalls eine G. nicht entstehen lässt, ist zweifellos, aber nicht aus dem Grunde, weil die Konkursmasse „eine gemeinsame Masse“ im Sinne dieses § wäre⁴, sondern weil der Konkurs selbst einen Wechsel im Eigentum nicht herbeiführt, das Berg-

¹ So auch Berlin 11./5. 1904, XLV, 241 und K.G. 16./6. 1905, XLVI, 534 und 26/4 1906, XLVIII, 156.

² Oppenhoff Anm. 724 zu § 133.

³ Bonn 31./5. 1880 XXI S. 399.

⁴ So Brassert S. 350 Anm. 6 und Klostermann-Thielmann Anm. 5 zu § 133.

werk des Konkurses ungeachtet im Alleineigentum des Gemeinschuldners verbleibt¹.

Zweifelhaft kann sein, ob, wenn eine offene Handelsgesellschaft oder eine einfache Kommanditgesellschaft, welche von der herrschenden Ansicht schon früher mit Recht nicht zu den juristischen Personen gezählt wurden² und nach dem jetzigen Wortlaute des H.G.B. zweifellos nicht mehr dazu zu zählen sind, ein Bergwerk erwirbt, die gewerkschaftliche Verfassung eintritt.

Nach der Fassung des § 133 Abs. 2 einerseits und andererseits mit Rücksicht auf die durch das H.G.B. geschaffene weitgehende Gebundenheit des Gesellschaftsvermögens und dessen scharfe Sonderung von dem Privatvermögen der einzelnen Gesellschafter (§§ 124, 161 H.G.B.) wird man die Frage verneinen müssen. Eine derartige Handelsgesellschaft wird daher, falls sie für ein von ihr erworbenes Bergwerk die gewerkschaftliche Verfassung wünscht, nicht selbst als Erwerblerin auftreten können, sondern es müssen dies die einzelnen Gesellschafter ohne Bezugnahme auf ihr gesellschaftliches Verhältnis. Es wird aber die Existenz der G. nicht gefährden, wenn diese sodann die Kuxe in die Gesellschaft einwerfen, zumal ja auch durch Vereinigung aller Kuxe in einer Hand die Gewerkschaft nicht erlischt, wie noch weiter unten auszuführen.

Dasselbe, wie für die offene Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft wird auch für die Gesellschaft des B.G.B. (§§ 705 ff.) gelten müssen. Auch hier ist die dingliche Gebundenheit des Gesellschaftsvermögens (§ 718 B.G.B.) eine so weitgehende³, dass sie sich mit der vom Berggesetz — nicht bloss durch § 133, sondern auch durch § 104 — geforderten vermögensrechtlichen Selbständigkeit der am Bergwerk Beteiligten nicht verträgt.

¹ § 6 R.K.O., Wilmowski Anm. 2 zu dem früheren § 5, Wolf Anm. 2 zu § 6 Anm., Oppenhoff 725 zu § 133 Anm.

² Staub Anm. 8 zu § 105 und Anm. 2 zu § 161.

³ Plank II S. 467, 452.

Die Richtigkeit der diesseitigen Auffassung ergibt sich schon aus der Erwägung, dass das Gesellschaftsvermögen auch hier den Gesellschaftern nur zur gesamten Hand zusteht¹ und dass z. B. schon allein § 719 B.G.B. in direktem Gegensatze zu der statutarischen unabänderlichen Bestimmung des § 104 A.B.G. steht.

c) Nach der herrschenden Meinung soll in allen Fällen, in welchen das von der G. beschlossene Statut Festsetzungen enthält, welche den gemäss § 94 Abs. 3 A.B.G. **unabänderlichen Bestimmungen widersprechen**, überhaupt die gewerkschaftliche Verfassung ausgeschlossen sein und lediglich ein dem allgemeinen Zivilrecht unterliegendes Gesellschaftsverhältnis entstehen².

M. D. ist diese Auffassung jedenfalls für das B.G.B. nicht zutreffend³. Nach Massgabe der §§ 94 ff. A.B.G. tritt, sobald ein Bergwerk einer Gemeinschaft zufällt, als gesetzlich notwendige Gesellschaftsform die G. ein, wofern dieselben nicht durch besondere Willenserklärung ausgeschlossen ist, und zwar greift diese gewerkschaftliche Verfassung mit der weiteren Massgabe Platz, dass für sie die im § 94 ff. A.B.G. gegebenen Vorschriften, die für sie massgebliche Satzung bilden, soweit dieselbe nicht in gesetzlich zulässiger Weise eine Abänderung erfahren hat.

Beschliesst die G. dementgegen ein Statut, welches in einem Punkt dem § 94 Abs. 3 widerspricht, so ist es zunächst nur zweifellos, dass diese Einzelbestimmung des Statuts nichtig ist. (§ 134 B.G.B.)

Zweifelhaft kann aber schon sein, ob vorliegend die Nichtigkeit einer Teilbestimmung die Ungültigkeit des ganzen Statuts zur Folge hat. Regelmässig wird man das Gegenteil anzunehmen haben. (§ 139 B.G.B.) Denn regelmässig wird die Willensmeinung der Gewerkschaft dahin gehen, wenn auch die eine oder andere

¹ Klostermann S. 441.

² So R.G. 12./12. 81, XXIV S. 352, Daubenspeck I S. 80 ff., O.Tr. 7./1. 74, XVI S. 217 ff., Esser S. 110, Brassert S. 349.

³ Ebenso Klostermann-Thielmann Anm. 1 zu § 133.

ihrer statutarischen Vorschriften ungültig ist, doch wenigstens die übrigen aufrecht zu erhalten¹.

Sollte man aber nach Lage des einzelnen Falles eine solche Willensrichtung der Paziszenten nicht annehmen können, so kann man daraus doch noch nicht folgern, dass nun nicht bloss das Statut selbst ungültig, sondern die gewerkschaftliche Verfassung überhaupt ausgeschlossen sei.

Im Gegenteil hat doch, wenn das von der G. beschlossene Gewerkschaftsstatut nichtig und deshalb so zu behandeln ist, als wenn es gar nicht beschlossen sei, nunmehr das Gesetz darüber zu entscheiden, welches Rechtsverhältnis eintritt, wenn eine Personenmehrheit ein Bergwerk erwirbt, ohne etwas über das entstehende Rechtsverhältnis bestimmt zu haben; mit anderen Worten: Man wird annehmen müssen, dass in solchem Falle die gewerkschaftliche Verfassung mit den Normalbestimmungen der §§ 94 ff. Platz greift.

Nur dann ist man m. E. berechtigt, bei einem Verstoß gegen § 94 Abs. 3 die gewerkschaftliche Verfassung als ausgeschlossen zu betrachten, wenn der Fall des § 140 B.G.B. vorliegt, d. h. wenn die Paziszenten, wenngleich sie ein Gewerkschaftsstatut zu tätigen erklärten, in Wahrheit eine Vereinbarung gemäss § 133 A.B.G. haben treffen wollen und überdies die sonstigen Voraussetzungen dieses § vorliegen, d. h. wenn also die sämtlichen Gewerken für den Fall der Nichtigkeit bzw. Nichtgenehmigung des Statuts überhaupt die gewerkschaftliche Verfassung haben ausschliessen und einstimmig die Beurteilung ihrer gegenseitigen Rechtsbeziehungen nach allgemeinen zivilrechtlichen Grundsätzen gewollt haben².

Von diesem Gesichtspunkt aus dürften die Entscheidungen des R.G. und O.Tr. in den oben erwähnten Fällen, in welchen einer von zwei bzw. drei Gewerken von jeder Verpflichtung zur Leistung von Beiträgen ent-

¹ Cfr. auch Motive zum B.G.B. I S. 222.

² Motive zum B.G.B. a. a. O., Rehbein I S. 193.

bunden sein sollte, richtig sein. Denn wenn die Beteiligten gerade in einer der einerseits für die Kreditwürdigkeit der Gewerkschaft, andererseits aber auch für die Haftung des einzelnen Gewerkes wesentlichsten Zwangsbestimmungen die Zubussepflicht ausschliessen, wird man als den präsumtiven Willen der Paziszenten annehmen können, dass sie die damit unverträgliche Gewerkschaftsverfassung nicht gewollt haben¹.

Anders würde aber der vom R.G. a. a. O. als gleichliegend behandelte Fall liegen, wenn ein bisheriger Alleineigentümer behufs Begründung einer Gewerkschaft mit einem Anderen zusammentritt und diesem Kuxen der neu entstandenen Gewerkschaft überträgt, welchen nicht die Zahl 100, sondern 1000 zugrunde liegt.

Hier wird man umgekehrt annehmen dürfen, dass regelmässig der Ausschluss der gewerkschaftlichen Verfassung nicht gewollt war, deshalb § 133 A.B.G. nicht zutrifft, vielmehr die Gemeinschaft als G. zu respektieren und wegen dieser ungültigen Bestimmung, und zwar regelmässig nur bezüglich dieser allein, nicht aber in den übrigen rechtlichen Beziehungen nach dem gesetzlichen Normalstatut zu behandeln ist. Zweckmässig wird in einem solchen Falle die zur Bestätigung der Satzung berufene Behörde, also das Oberbergamt, durch Rückfrage bei den Beteiligten feststellen, ob ihrerseits auf die Bestätigung der bestätigungsreifen Teile der beschlossenen Satzung Wert gelegt wird, wenn auch wesentliche Bestimmungen, z. B. die Tausendteilung nicht bestätigt werden können. Wird diese Frage verneint, so regelt sich denn die ganze Verfassung der Personengemeinschaft nach dem gesetzlichen Normalstatut, andernfalls erhält die abseits der ungültigen Bestimmungen getroffene besondere Verfassungsregelung durch die behördliche Bestätigung Gültigkeit.

6. Nach preussischem Recht war zur Entstehung der Gewerkschaft eine **Eintragung derselben in öffentlichen Registern** sowie eine **Veröffentlichung ihrer Entstehung und ihrer Vertragsverhältnisse** nicht vor-

¹ Ebenso Klostermann-Thielmann Anm. 3 zu § 102.

gesehen. Nur einzelne der neueren Berggesetze bzw. Berggesetznovellen hatten eine öffentliche Bekanntmachung der Entstehung der Gewerkschaft gefordert: So Sondershausen (§§ 100, 102, und 103), Baden (§ 80 ff.), Gotha (§§ 105—110), Sachsen-Weimar (§ 119, § 120). In Preussen bot einen gewissen Ersatz § 117 A.B.G., wonach der Repräsentant oder Grubenvorstand dem Revierbeamten benannt werden muss, sowie eine ministerielle Verfügung vom 14. Dezember 1874¹, wonach die Revierbeamten angewiesen waren, auf Erfordern schriftliche oder mündliche Auskunft darüber zu erteilen, welche Personen bei ihm als Repräsentanten oder Grubenvorstände angegeben seien.

Nummehr ist durch §§ 2, 33—35 H.G.B. Art. 5 des Einführ.-Ges. dazu für diejenigen Gewerkschaften des neueren preussischen Rechtes, welche „nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordern“, die Eintragung der Gewerkschaft zum Handelsregister mit denjenigen Folgen der Eintragung und Nichteintragung, welche sich aus § 15 H.G.B. ergeben, vorgeschrieben. Das Nähere hierüber siehe Anhang zu § 96.

In den obengenannten deutschen Bundesstaaten, in denen bereits jetzt eine öffentliche Bekanntmachung vorgeschrieben war, müssen diese Bestimmungen, da die Gewerkschaft jedenfalls erst mit der Eintragung zum Handelsregister „Handelssache“ wird², noch jetzt als geltend angesehen werden, so dass also z. B. die Gewerkschaft erst als juristische Person mit der erfolgten öffentlichen Bekanntmachung existent wird. Daneben werden allerdings die Bestimmungen des H.G.B. § 2, 33 ff. auch auf diese Gewerkschaften angewendet werden müssen³.

II. Zeitpunkt der Entstehung.

1. Die G. tritt nach Wortlaut des § 94 mit dem Augenblick *ipso jure* ins Leben, wo die Voraussetzungen

¹ XVI S. 13.

² § 2 H.G.B. Art. 2 E.G. dazu.

³ Art. 2 der Reichsverfassung, Art. 2, 5, 15 ff. zum H.G.B.

derselben zusammentreffen, wo also eine Personenmehrheit ein Bergwerk eigentümlich erwirbt. Bei derivativem Erwerb eines bereits bestehenden Bergwerks unter Lebenden ist somit der Zeitpunkt der auf Grund der stattgehabten Auflassung erfolgenden Eintragung zum Grundbuch derjenige Moment, in welchem die G. entsteht¹.

Bei Erwerb in der Zwangsversteigerung entsteht die Gewerkschaft ohne weiteres mit der Verkündung des Zuschlages². Bleiben mehrere in der Zwangsversteigerung eines Bergwerkes Meistbietende, so muss daher gemäss § 94 A.B.G. der Zuschlag direkt der unter ihnen entstehenden Gewerkschaft erteilt werden, falls die Erstehrer nicht bis zum Zuschlage eine anderweite Vertragsurkunde, gemäss § 133 A.B.G. dem Gerichte einreichen.

Bei neu begründetem Bergwerk beginnt die gewerkschaftliche Verfassung im Augenblick der Verleihung bzw. der oberbergamtlichen Bestätigung der Konsolidation oder Felderteilung³. Den Akt der Verleihung, Konsolidation und Felderteilung sieht Westhoff erst in dem Momente als vollendet an, wo der betreffende Verleihungs- etc. Beschluss den Beteiligten zugestellt ist⁴. Diese Ansicht, die auch von Thielmann in seiner Neubearbeitung des Klostermannschen Kommentars geteilt wird, muss Bedenken unterliegen. Wenn sie auf die Analogie der gleichfalls auf Staatshoheitsakt beruhenden Beamtenernennung gestützt wird, so erscheint dieser Vergleich nicht ganz passend: bei der Beamtenernennung wird lediglich ein persönliches Rechtsverhältnis zwischen einem Dritten und dem Staat geschaffen, dessen Begrün-

¹ § 873 B.G.B., Klostermann-Thielmann Anm. 1, Brassert Anm. 2, R.G. 11./3. 1882, XXIV, 118.

² §§ 89, 90 des R.Zw.V.G. vom 24./3. 1897.

³ § 50 in der neuen Fassung des Art. 37 des Preuss. A.G., Motive zu letzterem S. 58, Turnau II S. 106, Menzen Anm. 3, Arndt Anm. 6 zu § 68 des E.E.G., Brockhoff XIV S. 335, Oberneck R.G.B.O. S. 374.

⁴ §§ 32, 33 A.B.G. und analog Dernburg Pr. Pr. II S. 561 bezüglich der gleichfalls auf Staatshoheitsakt beruhenden Beamtenernennung.

dung an den Empfang der Bestallung durch den Beteiligten geknüpft werden mag; bei der Verleihung und Konsolidation usw. von Bergwerkseigentum werden aber sachenähnliche Rechte für den Rechtsverkehr neu geschaffen, deren rechtliche Existenz unabhängig von der Person des Berechtigten besteht. Es ist daher richtiger, den Akt der Verleihung usw. mit dem Ausspruch der Behörde, der übrigens im Falle der Verleihung auch unabhängig von der Zustellung an die Beteiligten unter Erzeugung von Rechtswirkungen auch für Dritte (vgl. § 35, § 36 A.B.G.) veröffentlicht wird, als vollendet anzusehen¹.

2) Der Zeitpunkt der Entstehung der G. ist von besonderer Bedeutung auch für die Frage der Schuldenhaftung. Denn frühestens mit diesem Augenblicke beginnt die Haftung der Gewerkschaft bezüglich der für sie kontrahierten oder sie sonst, wie z. B. die Bergschäden, gesetzlich belastenden Schulden. Die weitere Frage, ob die G. auch für diejenigen Schulden ohne weiteres aufzukommen hat, welche von den Gewerken bereits vor Entstehung der G. für dieselbe kontrahiert worden sind, überhaupt, ob die aus solchen vorher abgeschlossenen Geschäften hervorgehenden Rechte und Verbindlichkeiten ohne weiteres auf die neu entstehende G. übergehen, wird richtiger Ansicht nach zu verneinen sein². Die für die Aktiengesellschaft entgegenstehende Auffassung³ beruht im wesentlichen auf der dem Aktienrecht eigenartigen Gestaltung des Gründungsherganges, vermöge dessen die sämtlichen, auch der Eintragung vorhergehenden Rechtsakte, welche für die Entstehung der Aktiengesellschaft notwendig sind, als ein einheitliches Ganze erachtet werden, so dass die Aktiengesellschaft als mit allen denjenigen Rechten und Pflichten ins Leben tretend gedacht wird, die während der Entstehung zulässiger Weise für sie kontrahiert sind. Daher wird auch bei der Aktiengesell-

¹ A.M. freilich auch K.G. 22./2. 1906, XLVII, S. 459.

² A.M. Rehbein B.G.B. I S. 41 für die Vereine des B.G.B.

³ Staub § 200 H.G.B. Anm. 1 und 8, R.G. XXIV S. 20 ff.

schaft eine Verbindlichkeit derselben bezüglich anderer Vorverträge, die mit der Gründung nicht direkt zusammenhängen, nicht angenommen¹. Vorverträge, welche der Entstehung der G. vorausgegangen sind, können deshalb für dieselbe nur dann als direkt berechtigend und verpflichtend angesehen werden, wenn dies aus anderen Rechtsgründen begründet erscheint, wenn z. B. der Fall einer genehmigten Geschäftsführung ohne Auftrag vorliegt².

So dürfte z. B. ein direkter Anspruch des Verkäufers des Bergwerks oder von Grundstücken, welche für die demnächstige Gewerkschaft gekauft sind, anzunehmen sein, falls die Auflassung direkt auf die G. erfolgt.

3. In einzelnen deutschen Bundesstaaten entsteht die Gewerkschaft nicht ipso iure, sondern nur auf Grund besonderen Vertrages und hinzutretender staatlicher Genehmigung. Es ist dies, wie bereits oben erwähnt, in Baden, Sondershausen und Gotha³, in Sachsen⁴, Sachsen-Weimar, in Reuss j. L. und Mecklenburg-Schwerin der Fall.

¹ R.G. XXXII S. 98.

² §§ 177 ff. 184, 677 B.G.B., Plank II Anm. 1b zu § 677, R.O.H.G. X S. 205.

³ Vergl. R.G. abgedruckt in Zeitschr. Kali, 1910, S. 407/08 und Dr. Kunreuther in LI, 278/79. ⁴ § 9 Wahle Anm. 8.

B. Das Statut.

Nach § 94 A.B.G. ist für die Entstehung der Gewerkschaft die vorherige Abfassung eines Gesellschaftsvertrages oder Statuts nicht notwendig. Die Gewerkschaft entsteht ipso iure, sobald das Bergwerk auf den Namen der Gewerkschaft zum Grundbuche eingetragen oder die Verleihung ausgesprochen worden ist und mit der weiteren Wirkung, dass damit gleichfalls ipso iure,

so lange und so weit die Gewerkschaft ein anderes Statut nicht vereinbart, das Normalstatut der §§ 95 ff. des A.B.G. eintritt. In denjenigen deutschen Bundesstaaten, wo die Gewerkschaft nicht ohne weiteres, sondern nur auf Grund besonderen Vertrages entsteht, ist auch die Abfassung eines Statuts Vorbedingung der Entstehung der Gewerkschaft, wobei mehr oder weniger weitgehende Mussvorschriften vorgeschrieben sind: Sachsen (§ 9, § 19), Sondershausen (§§ 100, 102, 103), Baden (§ 80 ff.), Mecklenburg-Schwerin und Reuss j. L., Gotha (§ 107 ff.).

I. Begriff und Umfang des Statuts.

Der **Begriff des Statuts** ist im A.B.G. nicht näher ausgesprochen. Seine Feststellung ist aber deshalb von Bedeutung, weil statutarische Beschlüsse nach § 94 besonders erschwerenden materiellen und formellen Erfordernissen unterworfen sind. Nach dem Wortlaut des § 25 B.G.B.¹ muss man annehmen, dass jeder Beschluss, welcher die „Verfassung“ der G. regelt, als statutarischer anzusehen ist, gleichgültig, ob er eine erschöpfende Festsetzung dieser Verfassung herbeiführt oder dieselbe nur nach der einen oder anderen Seite hin zu ordnen beabsichtigt.

Jeder Beschluss, welcher die „Verfassung“ der G., sei es ganz, sei es teilweise entgegen oder neben dem Gesetz oder früheren Statut ändert, ergänzt oder aufhebt, unterliegt somit bezüglich seiner Gültigkeit den Vorschriften des § 94 Abs. 2².

Man wird aber darnach im Hinblick auf die in den §§ 94 ff. niedergelegten Einzelbestimmungen des gesetzlichen Normalstatuts³ unter „Statut“ alle generellen und dauernden Bestimmungen, welche die dort in den §§ 94 ff. A.B.G. aufgeführten Gegenstände, insbesondere die Rechte und Pflichten der Gewerken, die Vertretungsbefugnis des Grubenvorstandes, der Repräsentanten, die Gewerkenversammlung, den Namen und Sitz der Gewerkschaft betreffen, zu begreifen haben.

¹ Cfr. auch §§ 29, 30 II 6 A.L.R. § 33 B.G.B.

² Brassert Anm. 8, Oppenhoff 537, Menzen Anm. 5, R.O.H.G. 12./10. 1874 XVI S. 232, Achenbach VII S. 177, Esser S. 8 ff.

³ Cfr. auch §§ 26, 27 II 6 A.L.R.

Fehlt eines der obigen Erfordernisse, so kann von einem statutarischen Beschluss keine Rede sein¹.

Aus diesem Grunde würde es somit z. B. eine statutarische Festsetzung nicht darstellen, wenn eine G. ihre Vertretung bezgl. einer Gattung einzelner Geschäfte oder bezgl. des derzeitigen Grubenvorstandes abweichend von der gesetzlichen oder vereinbarten Satzung regelte².

Da sonach nur der materielle Inhalt des Beschlusses über seinen Charakter als statutarischen entscheiden kann, so ist es unerheblich, ob der Beschluss sich auch formell und äusserlich als statutarischer ankündigt. Eine Festsetzung im Statut, welche keine generelle oder dauernde Bestimmung des oben angegebenen Inhalts enthält, wird auch durch die Aufnahme in das Statut nicht etwa zu einer statutarischen. Die in den Erkenntnissen des R.O.H.G. a. a. O. berührte Frage, ob die in das Statut nicht aufgenommenen Bestimmungen des § 94 ff. schon an und für sich oder wenigstens dann als statutarisch anzusehen seien, wenn im allgemeinen im Statut angezogen, war deshalb gleichfalls abwegig. Die in Ergänzung des Statuts eintretenden Bestimmungen des § 94 sind vielmehr bezüglich ihrer etwaigen generellen und dauernden Abänderung stets als statutarische zu behandeln, weil sie durchweg ihrem Inhalt nach sich als verfassungsmässige Festsetzungen qualifizieren.

Ausnahmsweise ist in den Fällen der §§ 120, 121 und 122 gemäss § 124 A.B.G. ein die statutarische Form erfüllender Beschluss auch dann erforderlich, wenn bezüglich der dort vorgesehenen Gegenstände nicht generell, sondern nur im einzelnen Fall die dort behandelten Rechte und Pflichten des Grubenvorstandes geändert werden sollen³.

II. Erfordernisse der Rechtsgültigkeit des Statuts.

¹ Oppenhoff 538 zu § 94.

² Urteil des R.O.H.G. 12./10. 1874 XVI S. 234 ff., Brassert dazu a. a. O.

³ So anscheinend auch Brassert Anm. 1 zu § 124, A.M. Arndt.

1. Zu diesen Erfordernissen gehört nach dem Wortlaut des § zuvörderst die bereits vorhandene **Existenz der G.** Ein „Statut“, welches z. B. eine Gesellschaft von mehreren Mutern vereinbaren würde, bevor die Verleihung ausgesprochen worden ist, würde kein „Statut“ im Sinne des § 94 sein, also auch nicht die erleichternde Form der $\frac{3}{4}$ Majorität geniessen, sondern wie jeder andere Vertrag, die Willensübereinstimmung der Kontrahenten, also Einstimmigkeit erfordern. Da indes das „Statut“ erst durch die oberbergamtliche Bestätigung perfekt wird, so mag es zulässig sein, ein solches schon vorher beschlossenes „Statut“, nachdem die G. rechtliche Existenz erlangt hat, nachträglich zu genehmigen.

2. **Gesetzmassige Beschlussfassung.** Dieselbe unterliegt in erster Reihe den Vorschriften des A.B.G., es müssen daher entweder alle Gewerken anwesend oder aber doch gesetzmassig geladen sein¹.

Zu dieser Ladung ist u. a. erforderlich, dass sie vom Repräsentanten oder Grubenvorstande ausgehe. Da derselbe zurzeit der Entstehung der Gewerkschaft noch nicht existiert, so wird, falls nicht alle Gewerken zusammenzubringen sind, kein anderer Weg erübrigen, als der des § 122 Abs. 4 A.B.G. Dass der Revierbeamte direkt, etwa auf Antrag von $\frac{1}{4}$ der Beteiligten, eine Versammlung zwecks Verlautbarung des Statuts berufen kann, dürfte ausgeschlossen sein, weil Abs. 3 des § 122 das Vorhandensein eines Repräsentanten oder Grubenvorstandes voraussetzt.

3. **Gerichtliche oder notarielle Errichtung.** Es muss darnach eine wirkliche notarielle Verhandlung aufgenommen werden. Eine blossе notarielle oder gerichtliche Beglaubigung der Unterschriften der beteiligten Personen ist nicht ausreichend². Im einzelnen sind über Form und Inhalt des notariellen Protokolls die Erläuterungen zu § 112 zu vergleichen.

4. Endlich verlangt der Absatz 2 zur Gültigkeit des Statuts **oberbergamtliche Bestätigung.**

¹ § 112 A.B.G., R.G. 12/11. 1884 XXVII S. 211.

² Klostermann-Thielmann Anm. 5 zu § 94.

Dieselbe ist von der Kommission des Herrenhauses gefordert und vom Abgeordnetenhaus erst angenommen worden, nachdem seitens der Regierungsvertreter bündig erklärt war, dass eine „bevormundende Kritik der Gewerkschaftsstatuten seitens der Oberbergämter nicht zu befürchten sei“ und man daraus die Gewissheit erhielt, dass die Prüfung seitens dieser Behörde dem „Geiste“ des A.B.G. entsprechen werde. Die fundamentale Grundlage des A.B.G. ist aber nicht bloss in den Motiven¹, sondern auch im Gesetze selbst² dahin zum Ausdruck gelangt, dass die Bergbehörde auf die Überwachung des öffentlichen Interesses sich zu beschränken hat.

Die Prüfung des Oberbergamts hat sich somit lediglich damit zu befassen, ob das vorgelegte Statut öffentliche Interessen verletzt. Dabei ist aber die Bergbehörde befugt, jedes öffentliche Interesse in Erwägung zu ziehen, und ist nicht etwa darauf beschränkt, seine Versagungsgründe bloss dem § 196 A.B.G. und der darin umgrenzten bergpolizeilichen Aufgabe der Bergbehörde zu entnehmen³. Eine Verletzung öffentlicher Interessen kann darnach in verschiedener Weise vorliegen:

a) Der nächstliegende Fall ist der, dass das Statut formell oder materiell ungültig ist, da dem Staate, als Hüter der Rechtsordnung, nicht zugemutet werden kann, einem ersichtlich ungültigen Statut durch die Bestätigung seitens seiner zuständigen Organe gleichsam das Gepräge der Gesetzlichkeit aufzudrücken⁴.

b) Aus gleichem Grunde muss solchen Bestimmungen des Statuts die Bestätigung versagt bleiben, welche die Gefahr einer betrügerischen Ausnutzung des mit der G., sei es als Gewerke, sei es als Gläubiger in Rechtsverkehr tretenden Publikums nahe legen.

In ersterer Beziehung gehören hierher Bestimmungen, welche die Gefahr einer dolosen Vergewaltigung der Minderheit durch die Majorität begründen⁵.

¹ VI S. 69.

² z. B. §§ 65, 196.

³ Berlin XLII S. 124.

⁴ Esser S. 10.

⁵ Strohn VII S. 51, Klostermann-Thielmann, Oppenhoff 542, Arndt Anm. 7.